

Memento

Die alternatlose Kanzlerin und ihre verantwortungslose Macht

Haben Sie sich auch gefragt, warum Merkel trotz ihrer katastrophalen Politik noch gefeiert wird oder wieso die CDU an ihrer Vorsitzenden fest hält wie ein Ertrinkender am Strohhalm? Nun, zum einen hat Merkel die Partei so weit nach links gesteuert, dass sie ihre Macht auch durch SPD, Grüne und Linke sichern kann und den ewig Belieben, aber nicht beißenden Seehfer wie ein Schoßhündchen aussehen lässt. Zum anderen gibt es in der CDU genügend Postenjäger, deren Priorität nicht die Politik für die deutschen Bürger ist, sondern das Erklommen der Karriereleiter. Dafür applaudieren sie in inhaltlosen Sätzen Merckels oder verteidigen die Kanzlerin mit Verbalverrenkungen. Und wenn nichts mehr geht an Erklärungen, dann schaffen "wir" das ganz einfach, auch wenn "wir" gar nicht gefragt wurden und werden. (Nadine Hoffmann)



„Was euch der Selbsthass ist, ist uns die Heimatliebe.“

Mit diesem Zitat kennzeichnete Björn Höcke auf dem Landesparteiitag der Alternative für Deutschland (AfD) in Arnstadt am 9. April den krankhaften Selbsthass der politischen „Elite“ von Claudia Roth bis Angela Merkel. Höcke hielt eine plüschene Rede, in der er den gegenwärtigen Parlamentarismus in seiner erbärmlichen Lage beim Namen nennt. Gleichzeitig verkündete er die erbärmliche Lage beim Namen. Und Hoffnung für die Zukunft Thüringens und Deutschlands. Die AfD will und wird nicht Vertreter einzelner Interessengruppen, sondern der des ganzen Deutschen Volkes sein. Der Zustand, in dem sich alle Alt-Refugees welcome-Strategie zusammengelassen haben, muss grundsätzlich überwunden werden. Höcke wandte sich auch gegen die von verschiedenen Seiten vertragene Inaktivität der AfD-Fraktion in Thüringer Landtag. Als Beispiele für deren Arbeit nannte er die Positionspapier zu Asyl- und Zuwanderungspolitik und die Leitlinien der AfD Thüringen im Umgang mit dem Islam. Geplant ist in den nächsten Monaten ein weiteres Dokument zur Familien- und Bildungspolitik. Die große Anzahl der Aktivitäten der Landtagsfraktion: 184 Anträge in der Haushaltsdebatte (stehen null Anträgen der CDU gegenüber), viele Gesetzentwürfe und Anfragen etc. ergänzen das Bild. In Arbeit ist außerdem ein Gesetzentwurf zur Verfassungsänderung: Die deutsche Sprache soll als Landessprache in der Verfassung verankert werden. Unter dem Deckmantel des „Landesprogrammes für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ wurde zwischen 2012 bis 2015 durch Thüringer der Demonstrationstourismus mit einer Summe von über 42.000 € unterstützt. Steuergeldfinanzierte Gegendemonstrationen aus dem linken Lager verschärfen die Situation, die Behinderung der Versammlungsfreiheit wird staatlich gefördert. ... weiter lesen Seite 2

Die Landtagswahlen – Politisches Erdbeben mit Ansage

Auf eines kann man sich inzwischen im politischen Deutschland verlassen: am Wahlabend feiern sich alle als Sieger, auch die Verlierer einer Wahl. Die CDU feiert sich, auch wenn ihr Markentwurf unter Merkel völlig abhandeln gekommen und damit die Prozentzahl gesunken ist. Die SPD freut sich, obwohl ihr Status als Volkspartei immer fraglicher ist. ... weiter lesen Seite 2

Importierte Kriminalität ... weiter lesen Seite 3

Enteignung der Sparer ... weiter lesen Seite 3

1

„Was euch der Selbsthass ist, ist uns die Heimatliebe.“ ... weiter von Seite 1

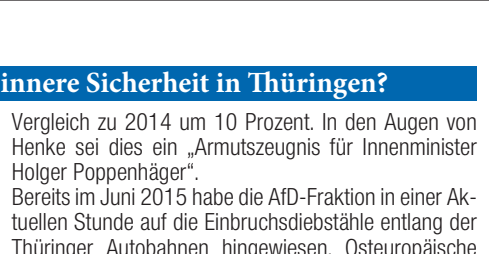
... weiter von Seite 1: Die AfD als einzige relevante Oppositionspartei braucht selbstverständlich auch Partner innerhalb und außerhalb Deutschlands. „In dieser Lage, in der es um alles oder nichts für Europa geht, müssen wir das Gemeinsame herausstellen und nicht das Trennende!“ betonte

Höcke. Mit dem Aufruf: „Lasst uns als Gemeinschaft von selbstbewussten Patrioten das Beste aus liberalen, sozialen und konservativen Traditionen zum Nutzen unseres Volkes und Landes zusammenführen!“ beendete Björn Höcke seine Rede. (Birgit Noll)

Die Landtagswahlen - Politisches Erdbeben mit Ansage ... weiter von Seite 1

... weiter von Seite 1: Die einstige liberale und angesehene Partei, die FDP feiert ihre Wiederauferstehung über die 5%-Hürde. Die Grünen feiern, weil die Volksparteien verloren haben. Die Linke freut, weil sie kurz davor und nahe dran ist, den Sozialismus kommunistischer Ausprägung in Deutschland wieder etabliert zu haben. Diesmal wurde in gleich drei Bundesländern gewählt, in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. Also stand schon vorher fest, dass es in diesen Bundesländern wieder nur Gewinner geben würde, auch wenn man nur zweiter, dritter oder letzter Gewinner ist.

die Volksparteien CDU und SPD haben massiv verloren, die Grünen stellen zwar in Baden-Württemberg den Ministerpräsidenten, aber in den anderen beiden Ländern ist der Verlust dramatisch. Die FDP kam in Sachsen-Anhalt nicht über die 5%-Hürde. Die Linke musste dort ebenfalls starke Einbußen verzeichnen. Die Bürger, die gedacht hatten, dass diese Ergebnisse bei den Altparteien Anlass zur Reflexion, zum Nachdenken gegeben hätte, haben sich geirrt. Als wäre nichts gewesen, kein Erdbeben, nicht mal ein kleiner Wackler, giften die Altparteienpolitiker weiter gegen die AfD und betreiben weiter ihre Politik gegen die deutsche Bevölkerung. Dass sie damit bei den nächsten Wahlen, auch im Hinblick auf die Bundestagswahl 2017, bessere Ergebnisse einfahren, glauben wohl auch nur die weltfernen Verantwortungs träger von CDU bis Linke. In Zahlen gefasst könnte man sagen: 15,1%, 12,6% und 24,3% bei der AfD und für Deutschland - 0,0% Selbsterkenntnis und Politik zum Wohle des Landes bei den Altparteien. (Nadine Hoffmann)



Zahlen zu den Landtagswahlen:

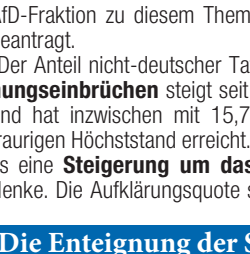
15,1% AfD Baden-Württemberg
12,6% AfD Rheinland-Pfalz
24,3% AfD Sachsen-Anhalt

Zweistellige Werte für die AfD

0,0 % Erkenntnis bei den Altparteien

2

Importierte Kriminalität – Wo steht die innere Sicherheit in Thüringen?



33 Prozent der Tatverdächtigen bei Mord sind Ausländer

„Sowohl der massive Anstieg an Wohnungseinbruchdiebstählen, als auch die Kriminalität von Asylbewerbern sind nichts anderes als importierte Kriminalität. Während die erste ein Exportprodukt der erweiterten der Schengen-Zone darstellt, ist die zweite ein Nebenprodukt der von den Verantwortlichen in Berlin und Erfurt zu verantwortenden Asylkrise“, erklärte Jörg Henke, innenpolitischer Sprecher der AfD Fraktion im Thüringer Landtag. Um darauf hinzuweisen und die Verantwortlichen deutlich zu benennen, habe die AfD-Fraktion zu diesem Thema eine Aktuelle Stunde beantragt.

Vergleich zu 2014 um 10 Prozent. In den Augen von Henke sei dies ein „Armutszuguns für Innenminister Holger Poppenhagen“. Bereits im Juni 2015 habe die AfD-Fraktion in einer aktuellen Stunde auf die Einbruchdiebstähle entlang der Thüringer Autobahnen hingewiesen. Osteuropäische Banden hätten die Einbrüche begangen, das hätten Fahnder und das Bundeskriminalamt mittlerweile bestätigt, nur die Landesregierung habe dies damals bestritten. Das Ergebnis der rot-rot-grünen Realitätsverweigerung bekamen die Bürger in Erfurt, Jena, Gotha und Nordhausen zu spüren. Dort hat es seit November letzten Jahres eine Epidemie an Tatverdächtigen bei Wohnungseinbrüchen gegeben, die in Thüringen bislang ihresgleichen sucht.“ Nach erschreckenden Berichten der Anteil ausländischer Tatverdächtiger bei Gewalttaten: bei Vorgang 33 Prozent und bei Vergewaltigung und sexueller Nötigung 14,7 Prozent. „Die rot-rot-grüne Koalition leidet an Realitätsverlust. Sie wird an den Fakten in diesem Land allerdings nicht vorbei kommen.“

Auch das Ausmaß der Asylbewerberkriminalität sei laut Henke mehr als besorgniserregend. 4,5 Prozent aller Tatverdächtigen seien nach Aussage von Innenminister Poppenhagen Asylbewerber. Henke kritisierte in diesem Zusammenhang, dass in Thüringen Asylbewerber nicht detaillierter über alle Delikte hinweg als Tatverdächtige erfasst würden, wie es in Hessen bereits geschehe. (AfD-Fraktion)

Die Enteignung der Sparer

Die Versuche, das Wirtschaftswachstum der südlichen Eurokrisenländer zu beleben, werden immer verzweifelter. Im März präsentierte die Europäische Zentralbank (EZB) weitere drastische Maßnahmen. So wurden der Leitzins auf das historische Tief von 0% gesenkt, die Sollzinsen auf Einlagen bei der EZB wurden auf 0,4% erhöht. Gleichzeitig wurde ein Bonus-system eingeführt, welches darauf zugeschnitten ist, südeuropäische Banken zu bevorzugen und nicht zu sanktionieren. Darüber hinaus wurde der stark umstrittene Ankauf von (südeuropäischen) Unternehmens- und Staatsanleihen von 60 Mrd. € auf 80 Mrd. € pro Monat erhöht.

Kreditaufnahme motiviert werden. Da der Zinssatz bis jetzt schon sehr niedrig war, ist diese Zinssenkung kein ausschlaggebendes Kriterium mehr für eine Kreditaufnahme, oder wie es Hans-Werner Sinn ausdrückte: „Mehr Wasser hilft nicht, wenn die Pferde nicht saufen wollen“. Darüber hinaus herrscht in Nordeuropa größtenteils ein gesundes Wirtschaftsklima, eine zusätzliche Belegung ist somit nicht notwendig. Die Nachteile, die diese Geldpolitik mit sich bringt, sind unmittelbar für die Menschen in Deutschland zu spüren. Die Zinsen für Konto- und Sparguthaben werden weiter fallen. Die höheren Kosten, die für die Banken entstehen (u.a. aufgrund der höheren Einlagestrafzinsen), werden diese an ihre Kunden weitergeben, sodass die Gebühren für Kontoführung und Transaktionen weiter steigen. So kündigte der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Georg Fahrenschon, neben zahlreichen Fikalisierungen, höhere Kontoführungsgeldern und die Abschaffung von Konten für Studierende, an. Wer sich für die Altersabsicherung gegen die Inflation beherausen will, wird es in Zukunft noch schwerer haben, zum Renten- und Lebensversicherung ebenfalls an Rendite einbüßen werden. Hans Werner Sinn bezieht

Der Präsident des Münchner ifo-Instituts, Hans Werner Sinn, bezeichnete diese Maßnahmen als verbundene Subventionspolitik zur Stützung von Zombie-Banken und konkursgefährdeten Staaten“, und bewerte dies als die größte „Vermögensumverteilung der Nachkriegszeit“ von Nord- nach Süd-Europa.

Wie überraschend geschildert waren dann auch anschließend in den TV-Runden zu sehen, die selbst nach diesem Paukenschlag noch immer versuchten, ihre Politik als die richtige auszuweisen zu lassen. Diese Politik, die gerade an der Wahlurne „abgewatscht“ wurde. Denn

Auch viele andere Experten äußerten sich kritisch den neuen EZB-Maßnahmen gegenüber und zweifeln deren konjunkturbelebenden Effekt an. Durch die niedrigeren Zinsen sollen Konsumenten und Investoren zur

3

Die „europäische Lösung“ mit der Türkei – Erfolg für wen?

den Verlust, den die Niedrigzinspolitik den deutschen Wohlstand seit 2008 gekostet hat auf 327 Milliarden Euro. Es handelt sich bei dieser EZB-Politik de facto um die Enteignung der Sparer! Ein weiteres Problem, was diese Nullzinspolitik mit sich bringt, ist die Gefahr von Spekulationsblasen. Notenbankgeld ist in großer Menge vorhanden, Banken bieten massenhaft Kredite mit günstigen Konditionen an, sodass die Gefahr besteht, dass Investoren, geblendet von Mini-Zins, dazu tendieren mit dem geliehenen Geld in unerprobte und überflüssige Unternehmungen zu investieren. Als Beispiel kann man hier den Immobilienboom in Spanien nach Einführung des Euros nennen. Die Zinsen für Kredite fielen stark, sodass ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Bedarf Wohnhäuser gebaut wurden. Nach einigen Jahren stellte sich heraus, dass niemand diese Häuser benötigte, die Preise fielen, Investoren und Baufirmen wurden zahlungsunfähig, worauf hin die Banken in die Krise gerieten und mit Steuergeldern gerettet werden mussten. Den Rest kennen wir...

6 Mrd. € Steuergelder für die Türkei, Großteil went aus Deutschland

Viele Experten sehen im Immobilienboom der deutschen Großstädte so einen Effekten, wenn auch in kleinem Ausmaß. Immerhin sind seit 2010 dort die Kaufpreise im Durchschnitt um fast 50% gestiegen. Wenn es auch hier zum Platzen einer Blase kommen würde, könnte das eine Welle von Kreditausfällen mit sich bringen, welche weder die kriselnden deutschen Großbanken, noch die Genossenschaftsbanken oder Sparkassen bewältigen könnten. (Hannes Ebert)

Die Türkei entscheidet, wer als Asylbewerber nach Europa einreist

Wahrscheinlich zusätzliche Armutzuwanderung

Keine Rückführung illegaler Asylbewerber aus Deutschland

Keine verbindlichen Regeln zur Verteilung der Asylbewerber in der EU

Karikatur



4

Die Junge Alternative

Die Junge Alternative (JA) ist die Jugendorganisation der AfD. Bei uns treffen sich Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 14 bis 35 Jahren, um politisch zu diskutieren und die Arbeit der Alternative für Deutschland zu unterstützen.

Die OTZ greift beispielsweise auf, es habe 2015 allein 14 Brandanschläge auf Asylbewerberunterkünfte gegeben. Ezra behauptet auf ihrer Internetseite sogar 17 Brandanschläge auf Asylbewerberunterkünfte. Das klingt auf den ersten Blick nach einer schrecklichen Eskalation rechtsextremer Gewalt und so soll es vermutlich auch sein.

Bei näherem Hinschauen bleibt von diesem Eindruck jedoch nichts übrig: Gegen Ende des letzten Jahres hätte die AfD-Fraktion bei der Landesregierung nachgefragt, zu wie vielen Bränden es in den Jahren 2014 und 2015 in Thüringen gekommen ist und bei wie vielen Fällen fremdenfeindliche Motive ermittelt worden. Die ermittelte Antwort aus dem Dezember lautete: Zwölf Fälle von Bränden in thüringischen Asylbewerberunterkünften wurden insgesamt angegeben; alle im Jahr 2015. In einem Fall wäre ein nichtdeutscher Tatverdächtiger ermittelt worden.

Die Junge Alternative wurde im Juni 2013 gegründet und gehört zu den am schnellsten wachsenden politischen Jugendorganisationen Deutschlands.

Unsere Anfrage nach Fällen mit fremdenfeindlichen Motiven wurde mit dem Satz beantwortet, die Sachverhalte wären nicht aufgeklärt.

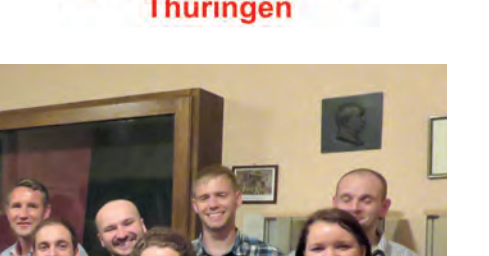
Nicht das man mich hier falsch versteht: Es sind durchaus Fälle darunter, in denen ein rechtsextremer Hintergrund nahe liegt – aber fest steht das eben nicht. Es gibt immer noch alternative Motive und vor allem eben kein Ermittlungsergebnis. Wenn Ezra vor 14 oder gar 17 Brandanschlägen spricht – und das bewussten im Zusammenhang mit rechter Gewalt – ist das etwas erklärungsbedürftig. Schauen wir daher doch einfach mal in der Jahreschronik 2015 von Ezra, Stand 26. Februar 2016, nach.

Wir verstehen uns als programmatischer Innovationsmotor der AfD. Unter dem Grundsatz „Verstand statt Ideologie“ vereinigen wir Konservative, Liberale, Libertäre, Bürgerrechtler und weitere politische Strömungen der AfD.

Unsere Anfrage nach Fällen mit fremdenfeindlichen Motiven wurde mit dem Satz beantwortet, die Sachverhalte wären nicht aufgeklärt.

Nicht das man mich hier falsch versteht: Es sind durchaus Fälle darunter, in denen ein rechtsextremer Hintergrund nahe liegt – aber fest steht das eben nicht. Es gibt immer noch alternative Motive und vor allem eben kein Ermittlungsergebnis. Wenn Ezra vor 14 oder gar 17 Brandanschlägen spricht – und das bewussten im Zusammenhang mit rechter Gewalt – ist das etwas erklärungsbedürftig. Schauen wir daher doch einfach mal in der Jahreschronik 2015 von Ezra, Stand 26. Februar 2016, nach.

In der der JA sammeln sich sowohl Mitglieder der AfD als auch junge Leute, die nicht oder noch nicht Mitglied der AfD sind. Mitglied kann jeder in der genannten Altersgruppe werden, der sich vorbehaltlos zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennt und unsere Statuten (Satzungen etc.) anerkennt. Unser Slogan lautet: „Verstand statt Ideologie“. Wir bekennen uns zu den Errungenschaften der Aufklärung und wollen, dass ideologie- und vorurteilsfrei über Themen diskutiert werden darf, bevor eine Entscheidung gefällt wird, die auf Fakten, wissenschaftlichen Erkenntnissen und dem gesunden Menschenverstand basieren sollte. „Political Correctness“ und Denkverbote lehnen wir ab.



Die Junge Alternative vereint Menschen unterschiedlicher Staatsangehörigkeit, unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlichen Geschlechts und unter-

Propaganda statt Recherche – Ezra, die AfD und die Presse in Thüringen



War es die erfolgreiche Mittwochs-Demonstration der AfD in Erfurt, welche die Tageszeitungen in Thüringen (OTZ, die TLZ, STZ und Freies Wort) heute zum georgängriff veranlasste?

Nach den üblichen Zahlen Spielereien am Donnerstag – die AfD-Demo war in den Berichten wie immer nur halb so groß wie in der Realität, dafür gab es jede Menge Phobos-Gegenendmontagen – übernahm man heute weitgehend ungeprüft ein Schauermärchen der so genannten mobilen kirchlichen Opferberatung „Ezra“. Den bösen Wolf gab darin – wen wundert es – die AfD.

berichtet wird. Die OTZ greift beispielsweise auf, es habe 2015 allein 14 Brandanschläge auf Asylbewerberunterkünfte gegeben. Ezra behauptet auf ihrer Internetseite sogar 17 Brandanschläge auf Asylbewerberunterkünfte. Das klingt auf den ersten Blick nach einer schrecklichen Eskalation rechtsextremer Gewalt und so soll es vermutlich auch sein.

Bei näherem Hinschauen bleibt von diesem Eindruck jedoch nichts übrig: Gegen Ende des letzten Jahres hätte die AfD-Fraktion bei der Landesregierung nachgefragt, zu wie vielen Bränden es in den Jahren 2014 und 2015 in Thüringen gekommen ist und bei wie vielen Fällen fremdenfeindliche Motive ermittelt worden. Die ermittelte Antwort aus dem Dezember lautete: Zwölf Fälle von Bränden in thüringischen Asylbewerberunterkünften wurden insgesamt angegeben; alle im Jahr 2015. In einem Fall wäre ein nichtdeutscher Tatverdächtiger ermittelt worden.

Ezra – das ist eine hochinteressante Truppe, deren Tätigkeit die Landesregierung von Bodo Ramelow im letzten Jahr mit 228.000 Euro großzügig vergütete. Wen wundert es da, dass Ezra nun Greuelpropaganda gegen die AfD, also den schärfsten Gegner der rot-rot-grünen Koalitionen, abliefern? Schließlich überarbeitet Bodo Ramelows Landesregierung gerade das „Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“, welches spöttische Zungen mit einiger Berechtigung als „Rote Hilfe 2.0.“ bezeichnen und aus dem auch Ezra mit Steuergeldern bezahlt wird.

Unsere Anfrage nach Fällen mit fremdenfeindlichen Motiven wurde mit dem Satz beantwortet, die Sachverhalte wären nicht aufgeklärt. Nicht das man mich hier falsch versteht: Es sind durchaus Fälle darunter, in denen ein rechtsextremer Hintergrund nahe liegt – aber fest steht das eben nicht. Es gibt immer noch alternative Motive und vor allem eben kein Ermittlungsergebnis. Wenn Ezra vor 14 oder gar 17 Brandanschlägen spricht – und das bewussten im Zusammenhang mit rechter Gewalt – ist das etwas erklärungsbedürftig. Schauen wir daher doch einfach mal in der Jahreschronik 2015 von Ezra, Stand 26. Februar 2016, nach.

Ezra möchte nun vermutlich auch weiterhin als treuer außerparlamentarischer Bündnisgenosse wahrgenommen werden und ist sicher scharf auf das Steuergeld der Thüringer. Hierfür bewirbt sich die Organisation nun mit der heutigen Kernbotschaft, die „rechten“ Gewalt habe sich verdoppelt – und Schuld daran sei die AfD mit ihren Demonstrationen!

Der letzte Fall aus dem Dezember in Altenburg konnte in der Antwort auf die kleine Anfrage der AfD-Fraktion noch nicht enthalten sein. Dies ist auch meines Wissens der einzige Fall, in dem jedenfalls nach Meldun-

So sei die Stimmung bei den Kundgebungen sehr aggressiv. Das stimmt sogar, schließlich haben linksextremistische Gegendemonstranten mehrfach Böller gegen die AfD, Steine geworfen oder Teilnehmer an den AfD-Demonstrationen tätlich angegriffen und verletzt. Sonderlich berichtenswert erschien das den thüringischen Zeitungen allerdings in der Regel nicht, erwähnt wurde es allenfalls mal am Rande.

Der letzte Fall aus dem Dezember in Altenburg konnte in der Antwort auf die kleine Anfrage der AfD-Fraktion noch nicht enthalten sein. Dies ist auch meines Wissens der einzige Fall, in dem jedenfalls nach Meldun-

Ganz anders fällt die Berichterstattung über die Ezra-Botschaft aus. OTZ, TLZ, STZ und Freies Wort berichten sehr ausführlich. Man gewinnt beim Überfangenen Lesen den Eindruck, dass da über Fakten

6

gen vom MDR rechtsradikale Tatverdächtige ermittelt wurden. Ganz anders verhält es sich z.B. mit dem Brandanschlag auf den türkischen Friseur in Erfurt. Bereits im Mai 2015 hatte die Polizei gemeldet, dass ein 29-jähriger Tatverdächtiger ermittelt wurde. Der hat allerdings die irakische Staatsangehörigkeit.

Bei dem Brand in Friemar geht die Polizei davon aus, dass ein Mann aus Eritrea das Feuer gelegt hat, um sich das Leben zu nehmen. Typisch: Ramelow hatte unmittelbar nach dem Brand diesen als „feigen Mordanschlag und einen Terroranschlag auf unsere Gesellschaft“ bezeichnet. (Stefan Möller)



Abbildung oben: Transparent auf einer Erfurter AfD-Demonstration

Bild unten: AfD-Demonstration in Erfurt

Leitlinien zum Umgang mit dem Islam in Deutschland

Verabschiedet auf der Klausurtagung der Fraktion am 22.03.2016

Die im Grundgesetz und in der Verfassung des Freistaats Thüringen garantierte Religionsfreiheit ist ein nicht zur Disposition stehendes Grundrecht. Sie trägt in besonderer Weise zum Gelingen des gesellschaftlichen Zusammenlebens in einer pluralistischen Gesellschaft bei und ist daher ein hohes politisches Gut, dem wir uns verpflichtet wissen.

Der Islam kennt die Trennung von Religion und Politik nicht.

Die Scharia ist spezifisch islamische Rechtsordnung sieht die Rechte und Pflichten der Menschen als von Allah befohlen. Sie ist eine nicht-sakuläre Rechtsordnung, die Geltungsanspruch für alle Menschen erhebt und die in zentralen Aspekten mit dem Verfassungsstaat unvereinbar ist.

Die Religionsfreiheit setzt den säkularen Rechtsstaat mit seiner Trennung von Religion und Politik voraus. Im säkularen Rechtsstaat werden die Gesetze von den gewählten Parlamenten verabschiedet, Rechte sowie Pflichten der Bürger dürfen in ihm nicht von einem religiösen oder einem sonstigen weltanschaulichen Bekenntnis abhängig gemacht werden. Wie in ganz Europa, so ist auch in Deutschland die säkulare Staatsordnung in einem langen und oftmals schmerz-

vollen historischen Prozess durchgesetzt worden. In ihm wurde die religiöse Neutralität des Staates erkämpft und die religiöse Toleranz als Bürgerrecht etabliert. Kulturelle Grundlätze hierfür sind die griechisch-römische Antike, das Christentum und die Aufklärung. Aus ihnen gingen die christlich-humanistischen Werte hervor, auf denen der freiheitliche Staat beruht.

Wir lehnen alle Bestrebungen ab, die in Teilbereichen unserer Gesellschaft als geltendes Recht zu akzeptieren. Der Rechtsstaat ist in der Pflicht, der Etablierung einer Scharia-Parallelljustiz im Schatten islamischer Parallellgesellschaften entschieden entgegenzutreten.

Die Präsenz des Islam in Deutschland stellt vor diesem Hintergrund eine besondere politische und rechtliche Herausforderung auch in Thüringen dar. Dieser

• Wir setzen die Islamverbände in Deutschland in erster Linie als ethnisch bzw. national geprägte politische Interessenverbände. Sie sind keine Religionsgemeinschaften im Sinne der christlichen Kirchen. Daher verbietet sich ihre Gleichstellung mit den Kirchen.

• Eine drohende Entsetzung mit dem Islam darf es keine Einschränkung der Meinungs-, Presse-, Wissenschafts- oder Kunstfreiheit geben. Dabei ist es gleichgültig, ob die Einschränkung freiwillig (durch Selbstzensur), durch moralischen öffentlichen Druck oder durch eine entsprechende Politik auf kommunaler, Landes-, Bundes- oder EU-Ebene erfolgt.

• Viele Islamverbände in Deutschland stehen für eine strenge und traditionalistische Lesart des Islam, die der Akzeptanz der säkularen Rechtsordnung entgegenwirkt. Dem institutionalierten Einfluss dieser Verbände auf die deutsche Islam- und Integrationspolitik senen wir äußerst kritisch, zumal viele Muslime diese Verbände nicht als ihre Vertretung anerkennen.

• In der Auseinandersetzung mit dem Islam darf es keine Einschränkung der Meinungs-, Presse-, Wissenschafts- oder Kunstfreiheit geben. Dabei ist es gleichgültig, ob die Einschränkung freiwillig (durch Selbstzensur), durch moralischen öffentlichen Druck oder durch eine entsprechende Politik auf kommunaler, Landes-, Bundes- oder EU-Ebene erfolgt.

• Islamverbände und Moscheegemeinden werden häufig von islamischen Staaten wie Saudi-Arabien und der Türkei finanziert und stehen unter entsprechenden politischen Einflüssen. Wir fordern eine Verpflichtung zur Offenlegung ihrer Finanzquellen und die Unterbindung finanzieller Abhängigkeiten vom Ausland.

• Wir setzen auf die Kooperation mit denjenigen Muslimen, die den säkularen Rechtsstaat ohne Wenn und Aber anerkennen und die einen Weg beschreiben, ihren Glauben in einer Weise auszuüben, die mit unserer Lebensweise, unseren Traditionen und unserem Rollenverständnis von Mann und Frau nicht kollidiert. (AfD-Fraktion)